



■ Drei nicht repräsentative Meinungen aus der Redaktion der taz zum Abdruck der umstrittenen Anzeige der Bundeswehr

## Eine Frage der Qualität

Rassismus und Sexismus lassen sich nicht kritisch begleiten. Es sollte beides nicht geben. So einfach ist das. Deshalb ist es richtig, daß die taz keine Anzeigen dieses Inhalts druckt. Bei der Bundeswehr sieht die Sache anders aus. Es gibt keine Übereinkunft in dieser Zeitung, der zufolge die Armee sofort ersatzlos abgeschafft werden soll. Sonst dürfte auch kein Kommentar erscheinen, der sich für eine deutsche Beteiligung am Bosnien-Einsatz ausspricht.

Berichterstattung ist etwas anderes als Reklame. Eine strikte Trennung zwischen dem redaktionellen Teil einer Zeitung und ihrem Anzeigenteil ist aus guten Gründen ein Grundsatz, der im seriösen Journalismus als unumstößlich gilt. Wer jetzt behauptet, die taz werbe für die Bundeswehr, beschreitet einen gefährlichen Weg. Mit diesem Vorwurf beweisen nämlich diejenigen, die ihn erheben, daß ihnen an jener Trennung zwischen redaktionellem Teil und Anzeigenteil nur wenig liegt. Dabei ist sie eine der tragenden Säulen von Pressefreiheit. Nun läßt sich nicht be-

streiten, daß Anzeigenkunden gelegentlich versuchen, Einfluß auf das redaktionelle Umfeld zu nehmen. Die Qualität einer Redaktion bemißt sich auch daran, wie konsequent sie sich derartigen Versuchen widersetzt. Friedrich Küppersbusch hat in dieser Zeitung zum Thema geschrieben, Verteidigungsminister Volker Rühle kaufe die taz. Er glaubt offenbar, wir seien billig zu haben. Da irrt der Kollege.

Die Streitkräfte sind eine in der Verfassung verankerte Institution dieses Staates, aus Steuermitteln finanziert. Die Bundeswehr muß transparent sein, nach demokratischen Prinzipien funktionieren und von der Gesellschaft kontrollierbar bleiben. Die taz berichtet über die Entwicklung der Armee und kommentiert sie. Ist diese Entwicklung bedenklich, dann wird der Bundeswehr auch die schönste Werbung nichts nützen. Dazu verstehen Lesern und Leser zu genau, zwischen Anzeigen und Berichterstattung zu unterscheiden.

Bettina Gaus

Die Autorin ist Korrespondentin in Bonn

## Ein miserabler Deal

Wem nützt es, wenn die Bundeswehr in der taz inseriert? Anzeigen sind ein Geschäft, ein Tausch: Die taz bekommt Geld dafür, weil die Bundeswehr glaubt, so ihr Image aufpolieren zu können. Und bei diesem Tausch verliert die taz. Unsere Existenz hängt keineswegs von diesen Anzeigen ab. Die Behauptung, daß die taz die Inserate als *door opener* braucht, um Annoncen für Waschmaschinen, Autos und Schokolade zu akquirieren, ist nicht mehr als eine Spekulation. Sicher ist hingegen, daß die taz-Abonnenten und -Genossenschaftler verlieren wird.

Wenn die taz diese Anzeigen druckt, droht ihr ein Imageverlust. Denn die taz gilt und versteht sich noch immer als alternative Zeitung. Doch Anzeigen von der Bundeswehr zu nehmen, wird in der Öffentlichkeit nicht als Zeichen souveränen Umgangs mit politischen Gegnern verstanden, sondern steht im Ruch platter Anbiederung. Und irgendwie gelingt es nicht, zu vermitteln, warum wir diese Anzeigen unbedingt veröffentlichen wollen.

Die Chefredaktion hat am 24. 1. erklärt, daß sie prüfen wird, ob Anzeigen die seit vielen Jahren gültigen taz-Richtlinien verstoßen: Kein Rassismus, Mi-

litarismus oder Sexismus. Nun will sie die Bundeswehranzeige drucken.

Diese Argumentation wirkt etwas sophistisch: Warum soll nur das (lautere) Anzeigenmotiv ausschlaggebend sein, nicht aber die (womöglich unlautere) Absicht des Inserenten? Mit solchen anscheinend wasserdrichten Formeln tut man so, als könne man sich, mit den üblichen 70er-Jahre-Parolen bewaffnet – antisexistisch, antimilitaristisch etc. – in den unübersichtlichen Neuzigern häuslich einrichten. So mogelt man sich um das Problem herum: daß die Anzeigen als eine politische Aussage verstanden werden.

Die Bundeswehr könnte mit Recht behaupten, daß sie den taz-Anzeigen-Gesinnungs-TÜV durchlaufen hat. Ergebnis: bestanden. Von wegen militaristisch! So billig sind gelungene PR-Aktionen selten. Fazit: Diese Anzeigen sind ein miserabler Deal. Die taz kosten sie wahrscheinlich Geld, bestimmt Image. Das Recht, Anzeigen abzulehnen, die nicht ins Blatt passen, nimmt sich jede bürgerliche Zeitung. Die taz sollte das, ganz stinknormal, auch tun.

Stefan Reinecke

Der Autor ist Meinungsredakteur

## Schlechtes Leben, gute Zeitung

Fast möchte man meinen, es gibt ein gutes Leben im falschen. Nicht rund um die Uhr, aber immerhin am Frühstückstisch oder beim Glas Wein nach Feierabend. Und fast möchte es einen mit Stolz erfüllen, für dieses gute Frühstücks- und Feierabendleben im Falschen zu arbeiten. Seine Name: taz, die tageszeitung.

Seit 1992 arbeite ich in der taz. Das war nicht immer einfach, aber niemals hatte ich das Gefühl, mich und meine Überzeugung zu verkaufen. Im Gegenteil: Nach sechs Jahren kann ich immerhin sagen: Ich habe die Themen, für die ich stehe, mehr bestimmt, als daß die taz mich bestimmt hätte. Das ist nicht wenig für einen, dem die Suche nach politischen Alternativen jenseits des real existierenden Kapitalismus wichtiger als die alternative Ankunft in der rheinischen Republik.

Was zahlreiche Auseinandersetzungen in der taz nicht geschafft haben und auch keine Bundeswehranzeige schaffen wird, scheint nun freilich einem Teil der taz-Leser zu gelingen: Ich frage mich, ob ich noch am richtigen Ort bin. Wenn ich die Abo-Kündigungen

durchsehe, drängt sich mir die Frage geradezu auf, wo, vor allem aber wann der kündigende Teil der Leserschaft die von der taz eingeforderte Moral so überaus konsequent auslebt? Am Frühstückstisch? Nach dem Abendbrot? Oder auch tagtäglich, am Arbeitsplatz?

Meiner Phantasie sind jedenfalls keine Grenzen gesetzt. Da versorgen sich Beamte, Architekten, Grafiker, Lehrer und auch Journalisten frühmorgens mit der Tagesportion am guten Leben, um hernach im schlechten für die alltäglichen Pirouetten gewappnet zu sein – um Werbeanzeigen für die Daimler-Tochter zu gestalten oder seinen Job dadurch zu legitimieren, daß ein anderer alles noch schlechter machen würde. Eine wahrhaft postmoderne Moral wäre das, weil eine beliebige. Wer die taz als Projektionsfläche für das eigene schlechte Gewissen mißbraucht, sollte eigentlich über mehr nachdenken als über eine Bundeswehranzeige. Was ist schon Realsatire gegen das gute Leben im falschen?

Uwe Rada

Der Autor ist Berlinredakteur, Exhausbesitzer und Altautonomer

■ Ein paar aufmunternde Worte an die Adresse der Bündnisgrünen über den Nutzen von Essentials vor den Bundestagswahlen

## Einsteigen und Herankommen

Die Bündnisgrünen schrecken davor zurück, im Wahlkampf allzu deutlich zu sagen, was für sie nach der Wahl die Mindestforderungen für den Abschluß einer rot-grünen Koalition sein werden. Je nach Mittelsamkeit der befragten Funktionsträger schwankt die Zahl zwischen zwei und fünf. Die Bündnisgrünen Politiker fürchten einfach, an Verhandlungsspielraum einzubüßen. Sie wissen auch um den kumulativen Effekt von Essentialdebatte: Das Minimum pflegt sich ins Maximum auszuweihen.

Dennoch gehören die Essentials nicht ins Geheimfach, das erst geöffnet wird, wenn nach einem Sieg von Rot-Grün die künftigen Kräfteverhältnisse feststehen und das große Feilschen beginnt. Denn die Frage der Bündnisgrünen Aktivisten, worauf man im Regierungsfall um keinen Preis verzichten möchte, ist häufig identisch mit der Frage der Wähler, ob sie überhaupt für Grün votieren wollen.

Im Gegensatz zu dem, was Essentials im Wortsinn bedeuten, geben Forderungen dieses Typs einfach Antwort auf die Frage, ob es sich lohnt, ins Regierungsgeschäft einzusteigen. „Kohl abwählen!“ ist offensichtlich ein genauso wenig befriedigendes Minimalprogramm wie es „Strauß verhindern!“ 1980 war. Dem gegenüber bilden Essentials ein Medium der Selbstverständigung nach „Innen“ wie nach „Außen“ über das, was realistisch innerhalb einer Koalition durchgesetzt werden kann und muß. Sie geben Auskunft über die grundlegenden Ziele der Partei, enthalten aber auch eine Prognose über die Durchsetzungskraft der eigenen Positionen.

Solche Forderungen sind ein Kreuzungsprodukt aus *identity* und *rational choice*. Sie enthalten zwei Aussagen: Wenn ihr uns wählt, passiert mindestens das Folgende. Und dieses Folgende ist durch die „Kettenglieder“ xy mit unserem Ziel, dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, verbunden. Wenn das stimmt, muß das „Dann eben ohne uns, dann macht euren Dreck in der großen Koalition alleine“ nicht nur als mentaler Vorbehalt, sondern in der Öffentlichkeit gegenwärtig sein. Essentials setzen eine mögliche Alternative zur Regierungsbeteiligung voraus. Ein Gemein-

mal herumschlagen mußten, wenn es um die Bildung von Volksfronten mit der mächtigeren Sozialdemokratie ging. Nur daß jetzt nicht mehr die sozialistische Revolution in Frage steht, sondern ein – in den Konsequenzen allerdings tief ins gesellschaftliche Gefüge eingreifendes – ökologisches und soziales Reformprogramm. Der Begriff des „Einstiegs“ ist bei Licht betrachtet nichts anderes als das gute alte „Herankommen“. Daher die Wichtigkeit präziser Maßnahmen und Zeitpläne, die mit ihm verbunden sein müssen.

Unglücklicherweise gibt es auch ein Interesse an grünen Essentials, und zwar den falschen, bei den politischen Gegnern der Bündnisgrünen. Die Reaktionen auf den Magdeburger Parteitag von Westerville bis Hintze sind hier lehrreich. Sie stellen den Versuch dar, den Grünen das Image des Maximalismus, also der Regierungsunfähigkeit anzuhängen. Instrumente dieses Versuchs sind die ablehnende Haltung der Magdeburger

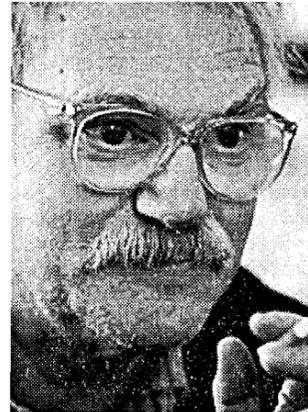


Foto: Wolfgang Borchers

**Christian Semler** lebt in Berlin und arbeitet seit 1989 für die taz. Er war zunächst Redakteur für Osteuropa, später dann für die Meinungsseite verantwortlich und ist heute fester freier Mitarbeiter der Zeitung. Er wählt seit 1980 beharrlich die Grünen.

Parteitagsmehrheit gegenüber der Beteiligung der Bundeswehr an friedenserzwingenden Aktionen nach Abschnitt VIII der UNO-Charta und die Forderung nach einer schrittweisen Erhöhung der Benzinpreise auf fünf Mark. Falls die Bündnisgrünen sich in die Ecke des Maximalismus drängen lassen, erbringt sich jede weitere Diskussion über Essential der Regierungsbeteiligung.

Aber dieses Manöver der Konservativen kann ja auch schiefgehen. Nämlich dann, wenn es den Bündnisgrünen gelingt, diese beiden Positionen teils zu korrigieren, teils auf der Zeitachse richtig einzuordnen. In einer perspektivischen Betrachtungsweise ist die Auflösung der Nato beziehungsweise ihre Eingliederung in ein System kollektiver Sicherheit eine sinnvolle Alternative. Hieraus aber den Schluß zu ziehen, nichts

gehe mit der Bundeswehr, ehe dieses Sicherheitssystem erbaut sei, ist der Musterfall einer falschen Konkretion. Richtig wäre die Forderung gewesen, die OSZE finanziell wie organisatorisch zu stärken. Aber solche berechtigten Projekte können nicht zu Essentials konzentriert werden.

Beim zweiten „Kainsmal“, das den Bündnisgrünen beigebracht

... erzwungen werden, einem Angriff auf Gerechtigkeitsvorstellungen

werden soll, dem Benzinpreis von fünf Mark, ist die Dehnung auf der Zeitachse noch wichtiger. Auch hier eine falsche Konkretion, ein „Einstieg“, der nicht zum „Herankommen“ einlädt. Denn die berechtigte Forderung nach der ökologischen Steuerreform soll mit einem Schock erzwungen werden, einem Angriff auf tief verwurzelte Gerechtigkeitsvorstellungen, nach denen vor allem (nicht nur) der zahlen soll, der den je größten Schaden verursacht.

„Laissez payer les riches“ ist zwar eine populistische Parole, aber nicht durchweg falsch. Aber der zentrale Fehler der Bündnisgrünen besteht hier darin, eben keinen Einstieg zu bezeichnen, sondern den Endzustand. Die These, daß gerade hierdurch ein Denkanstoß gegeben, ein Diskussionsprozeß ausgelöst werden soll, ist hergeholt, manieriert, in der Praxis des Wahlkampfes zum Scheitern verurteilt und hat mit einem sinnvollen Essential nichts zu tun.

Daher das Plädoyer an die Bündnisgrünen, zusammen mit dem Wahlprogramm eine „Handreichung“ zu veröffentlichen, die uns klipp und klar sagt, wo die Schmerzgrenze liegt und was wir von Rot-Grün mindestens erwarten dürfen. Man antworte bitte nicht, Hauptforderungen des Wahlkampfes seien etwas anderes als Essentials in Verhandlungen mit den Sozialdemokraten. Das wäre nur dann richtig, wenn zwischen der Welt der Propaganda und der nachfolgenden Praxis eine eingeleitete Kluft bestünde – für viele potentielle Wähler der Bündnisgrünen eine unerträgliche Vorstellung. Essentials, die für die SPD gerade noch erträglich sind, präzise Daten und Fristen dort, wo bei den Sozialdemokraten Nebel vorherrscht und unverbindliche Absichtserklärungen – das ist keine allzu schwierige Aufgabe.

In meiner privaten Rechnung komme ich auf vier Essentials: ein energiepolitisches, ein energiesteuerliches, ein sozialpolitisches und ein demokratisches. Nähere Auskunft beim Verfasser

Christian Semler

Die Forderung nach der ökologischen Steuerreform soll mit einem Schock...

platz, der den Vorzug hat, zu stimmen.

Hinter solchen Überlegungen versteckt sich ein alter Bekannter – das Problem des „Herankommens“, mit dem sich die Kommunisten früherer Jahrzehnte jedes-

### Die anderen

„El País“ (Madrid) schreibt zur Europakonferenz: Die Türkei fühlt sich bei ihrem Wunsch, der EU beizutreten, zu Unrecht in eine Ecke gestellt und interpretiert dies als eine Diskriminierung religiös-kulturellen Charakters. Das Land zieht dabei nicht in Betracht, daß es noch einen langen Weg vor sich hat, wenn es darum geht, sich den übrigen europäischen Demokratien anzugleichen. Obwohl der Weg zur EU-Erweiterung voller Frustrationen sein wird, hat die Londoner Konferenz neue Perspektiven eröffnet. Mit sofortiger Wirkung vereinbarten die 26 vertretenen Länder, die Zusammenarbeit etwa im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, den Drogenschmuggel oder den Terrorismus zu verstärken.

„The Independent“ (London) meint dazu: Was macht die Türkei so anders? Sie ist ein moslemisches Land. Seit Hassan die Mauern von Konstantinopel an der Spitze einer Welle von Handlangern der Tyrannei 1453 stürmte und tausend Jahre des Christlichen Römischen Reiches von Byzanz beendete, legte sich sein Schatten über den Kontinent. Bis zu den Mauern von Wien wurde die moderne europäische Identität in der Opposition zum türkischen Islam geprägt... Doch Europas Geschichte war schon immer eine Geschichte religiöser Teilung. Und diese sollte – wie die Spaltung Europas durch den Kommunismus – von der EU heute überwunden werden. Deshalb müssen wir es mit dem Schatten von Hassan aufnehmen.